

WAHLKREISPOST SABINE BÄTZING LICHTENTHÄLER

Hallo Wahlkreis,

ich hoffe, ihr habt das vergangene Wochenende alle gut überstanden und ein fröhliches und hoffentlich auch erholsames Osterfest im Kreise eurer Lieben verbracht. Ich jedenfalls habe nach 40 langen Tagen endlich feierlich mein persönliches Kaffee-Fasten brechen und die ersten Tassen „Wachmacher“ wieder genießen können. Fast hätte ich mich an den Tee gewöhnt!



Nach ein wenig Ruhe und viel Zeit mit meiner Familie geht es am Dienstag für mich wieder so richtig los mit einer vollen Arbeitswoche, vielen Terminen als Ministerin im Land und als eure Abgeordnete für unseren Wahlkreis 1 (Betzdorf/Kirchen). Gerne bringe ich euch mit der heutigen Ausgabe der „Wahlkreispost“ – diesmal ausnahmsweise nicht an einem Montag – auf den aktuellen Stand der politischen Lage in Bund, Land und im Wahlkreis. Und hier gibt es viel zu berichten: Der Landespartei rat der SPD Rheinland-Pfalz hat bei seiner letzten Sitzung viele gute Impulse für die Landespolitik setzen können und das Bundeskabinett hat den 5. Armuts- und Reichtumsbericht beschlossen. Der Bericht zeigt: Martin Schulz und die SPD liegen richtig, wenn sie hier mehr Handlungsbedarf sehen, um unsere Gesellschaft noch gerechter zu machen. Darüber hinaus hat sich Ministerpräsidentin Malu Dreyer einmal mehr für den Ausschluss von Extremisten von der staatlichen Parteienfinanzierung stark gemacht und ein Zeichen dafür gesetzt, dass unsere Demokratie stand- und wehrhaft ist. Gerade, wo sie durch Demokratiefeinde von Innen und Terror von Außen unter Beschuss gerät, gilt: Wir halten zusammen, bleiben optimistisch und lassen uns unsere Freiheit nicht nehmen. Das sind nur einige der Themen, die euch im Folgenden erwarten.

In diesem Sinne: viel Spaß bei der Lektüre – und bleibt mir gesund!
Eure Sabine

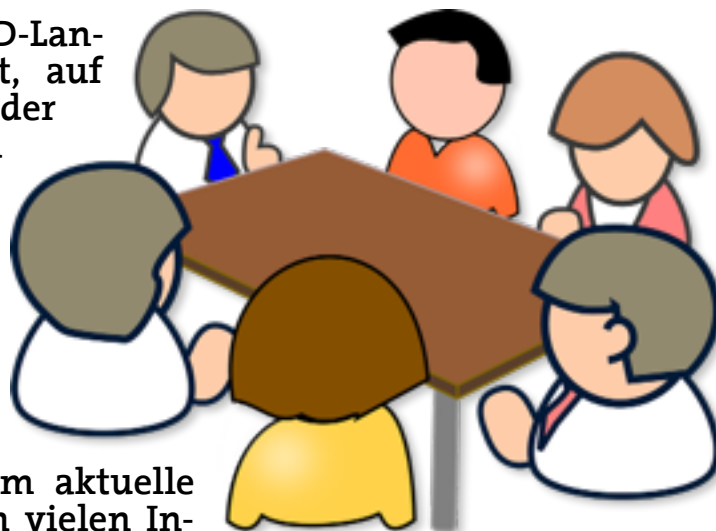
„WICHTIGE THEMEN KOMMEN ZUR SPRACHE“

Landesparteirat berät über Ausbildung und Gleichstellung

In seiner letzten Sitzung hat sich der Landesparteirat der rheinland-pfälzischen SPD mit Anträgen aus den verschiedenen Gliederungen der Partei befasst. Beraten wurden unter anderem Anträge, die sich mit dem Themenfeld Bildung und Ausbildung in Rheinland-Pfalz beschäftigen. So sehen die Delegierten in der Investition in berufsbildende Schulen und der Bereitstellung von bezahlbarem Wohnraum für Auszubildende einen wichtigen gesellschaftlichen Auftrag, ebenso in der Stärkung alternativer Auswahlverfahren zum Numerus Clausus. Nach Überprüfung der Finanzierungsmöglichkeiten soll die Einführung eines Azubi-Tickets – analog zum Studententicket – möglichst ins nächste Wahlprogramm aufgenommen werden.

Auch das Themenfeld „Gleichstellung und Vielfalt“ fand viel Beachtung. An der Gestaltung des Aktionsplans „Rheinland-Pfalz unterm Regenbogen“ soll sich aktiv beteiligt werden, außerdem soll der Nationale Aktionsplan gegen Rassismus um die Themenfelder Homophobie und Transphobie erweitert werden, beschloss der Landesparteirat. Schulen sollen Beratungsmöglichkeiten erhalten, wie sie sich auf den Weg machen können, „Schulen der Vielfalt“ zu werden.

„Ich freue mich, dass der SPD-Landesparteirat ein Forum bietet, auf dem sich interessierte Mitglieder inhaltlich austauschen und diskutieren können“, so die Vorsitzende des Parteirats, Heike Kaster-Meurer. „Hier kommen wichtige Themen zur Sprache, die den Genossinnen und Genossen ein Anliegen sind. Mit dem Parteirat haben wir ein gutes und wichtiges Gremium der SPD im Land, um aktuelle Themen anzusprechen, das von vielen Interessierten genutzt wird.“



KABINETT BESCHLIESST 5. ARMUTSBERICHT

Bundesarbeitsministerin Nahles sieht weiter Handlungsbedarf

Das Bundeskabinett hat am 12. April 2017 den Fünften Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung (5. ARB) „Lebenslagen in Deutschland“ beschlossen. Der Bericht analysiert Lebenslagen in Deutschland wie die Erwerbstätigkeit, die Einkommens- und Bildungssituation, die Gesundheit und das Wohnen für Menschen unterschiedlicher Lebensphasen. Die soziale Lage in Deutschland wird dafür auf Basis vorliegender Statistiken und eigens in Auftrag gegebener Forschungsvorhaben ausführlich beschrieben. Der 5. ARB richtet stärker als die Vorgängerberichte den Blick auf die gesamtwirtschaftlichen und gesellschaftlichen Zusammenhänge von Armut, Reichtum und Ungleichheit. Dazu gehört ganz besonders die Entwicklung der Erwerbseinkommen, die für die große Mehrheit der Menschen die wichtigste Einkommensquelle darstellen.

Bundesarbeitsministerin Andrea Nahles: „Der Bericht zeigt uns, dass es eine verfestigte Ungleichheit bei den Vermögen gibt. Die reichsten 10 Prozent der Haushalte besitzen mehr als die Hälfte des gesamten Nettovermögens. Die untere Hälfte nur 1 Prozent. Zudem kommt der wirtschaftliche Aufschwung nicht bei allen an. Die unteren 40 Prozent der Beschäftigten haben 2015 real weniger verdient als Mitte der 90er Jahre. Wenn sich harte Arbeit für die, die klein anfangen müssen, kaum auszahlt, schadet das uns allen. Die Studien zeigen aber auch: Wir können daran etwas ändern. Seit der Einführung des Mindestlohns geht die Schere wieder ein Stück zurück. Auch von der Eindämmung bei Leiharbeit und Werkverträgen erhoffen wir uns das. Doch das sind nur erste Schritte. Ich wünsche mir einen Pakt für anständige Löhne – im Handel etwa, in der Pflege oder bei anderen Dienstleistungen.“

Der 5. ARB belegt eine insgesamt positive Entwicklung der sozialen Lage in Deutschland: Ökonomische Stabilität und kontinuierliches Wirtschaftswachstum haben zur höchsten Beschäftigtenzahl und niedrigsten Arbeitslosigkeit seit der deutschen Einheit beigetragen. Seit Mitte des letzten Jahrzehnts hat sich die Anzahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten um ca. sechs Millionen Personen erhöht. In diesem Zeitraum hat sich die Zahl der Arbeitslosen in etwa halbiert, die Jugendarbeitslosigkeit ist um rund 60 Prozent zurückgegangen. Erstmals seit dem Jahr 1993 ist die Zahl der Langzeitarbeitslosen unter die Eine-Millionen-Marke gesunken.

Das Volkseinkommen ist im Berichtszeitraum deutlich gestiegen. Seit 2005 sind die Arbeitnehmerentgelte stärker gestiegen als die Gewinneinkommen, konnten im Berichtszeitraum ihren langjährigen Rückstand im Vergleich zu den Einkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen aber nicht ganz aufholen. Auch die Reallöhne sind spürbar gestiegen, zuletzt vor allem für gering Qualifizierte. Betrachtet man die Verteilung der Einkommen insgesamt, werden bestehende Ungleichheiten in Deutschland durch Steuern und Transfers erheblich abgemildert. Der Bevölkerungsanteil im mittleren Einkommensbereich ist im Berichtszeitraum stabil geblieben; der Anteil derjenigen, die wegen eines vergleichsweise niedrigen Einkommens als armutsgefährdet gelten, ist in den



vergangenen Jahren etwa gleich geblieben und hat sich zuletzt allenfalls leicht erhöht. Zu Beginn des letzten Jahrzehnts waren die Einkommen allerdings noch deutlich gleichmäßiger verteilt als heute. Die Ungleichheit der Vermögen ist in Deutschland im internationalen Vergleich anhaltend hoch.

Den Erstellungsprozess zum 5. ARB haben ein wissenschaftliches Gutachtergremium sowie ein Beraterkreis, dem eine Vielzahl an Verbänden und Institutionen angehören, begleitet. Im Rahmen einer Veranstaltungsreihe hatte das BMAS zu einem intensiven Meinungsaustausch eingeladen und damit seinen Anspruch einer frühzeitigen und transparenten Beteiligung von Sachverständigen erfüllt. Jeweils etwa 100 Vertreterinnen und Vertreter aus der Wissenschaft, von Verbänden und den Sozialpartnern sowie verschiedener Ressorts der Bundesregierung nahmen an den Symposien teil.

Alle Berichte sowie Begleitgutachten können unter www.armuts-und-reichtumsbericht.de abgerufen werden. Darüber hinaus sind dort umfangreiche Informationen zum Erstellungsprozess sowie eine Übersicht aller relevanten Indikatoren dargestellt.

KEIN GELD FÜR VERFASSUNGSFEINDE

Dreyer: „Extremisten von Parteienfinanzierung ausschließen“

„Mit der Vorlage von Formulierungshilfen entspricht der Bundesinnenminister einer Forderung der Länder zum Ausschluss extremistischer Parteien von der Parteienfinanzierung. Es muss alles getan werden, damit Parteien, die verfassungsfeindliche Ziele verfolgen und deren politische Konzepte die Menschenwürde missachten, nicht mit staatlichen Mitteln unterstützt werden.“ Das unterstrich Ministerpräsidentin Malu Dreyer, amtierende Bundesratspräsidentin, heute in Mainz. Die Ministerpräsidentin wies auf entsprechende Gesetzentwürfe hin, die der Bundesrat im März im Bundesrat beschlossen hat. Rheinland-Pfalz hatte dazu bereits im Februar einen Entschließungsantrag in den Bundesrat eingebracht.

Die von Bundesinnenminister de Maizière am 7. April 2017 übersandten Formulierungshilfen stimmen im Wesentlichen mit dem Beschluss des Bundesrates überein. „Auf der Grundlage der Gesetzentwürfe des Bundesrates und der Formulierungshilfen kann der Deutsche Bundestag zügig noch in dieser Wahlperiode über den Ausschluss extremistischer Parteien von der Parteienfinanzierung entscheiden“, so die Ministerpräsidentin.

„Das Bundesverfassungsgericht hat in seinem Urteil Spielräume eröffnet, um Parteien, deren Verfassungsfeindlichkeit festgestellt wurde, möglichst umfassend von öffentlichen Leistungen ausschließen zu können. Neben dem Ausschluss von der staatlichen Parteienfinanzierung umfasst das auch den Ausschluss von steuerlichen Privilegien für die Parteien und die Zuwendungen an diese Parteien. Diese Spielräume müssen und wollen wir nutzen“, sagte die Ministerpräsidentin. „Wir müssen unsere Demokratie, unsere Freiheit und unsere Werte gegen ihre Feinde schützen“, so Ministerpräsidentin Malu Dreyer. Das Verfassungsgericht habe zwar ein Verbot der NPD abgelehnt, aber gleichwohl deren Verfassungsfeindlichkeit bestätigt. Derzeit könne eine Partei, deren politische Konzepte die Menschenwürde missachteten und auf die Beseitigung der freiheitlichen Grundordnung ausgerichtet seien, trotzdem Gelder aus der staatlichen Parteienfinanzierung erhalten. „Das muss sich ändern. Der von der Verfassung gebotene Schutz der Parteien darf nicht dazu missbraucht werden, unsere Demokratie zu beeinträchtigen und zu zerstören“, so Ministerpräsidentin Malu Dreyer.

WOHNPUNKT RLP NUN AUCH IN WALLMENROTH

Landesprojekt für Pflegewohngemeinschaften wird ausgeweitet

„Wohn-Pflege-Gemeinschaften haben sich als ortsnahe Alternative zwischen der eigenen Wohnung und stationären Pflegeeinrichtungen gerade in kleinen Ortschaften bewährt“, sagte Sozialministerin Sabine Bätzing-Lichtenthäler heute zum Startschuss für acht neue Modellkommunen im Landesprojekt WohnPunkt RLP. „Auch ältere Menschen mit hohem Unterstützungsbedarf sollen so lange wie möglich in ihrem vertrauten Umfeld leben können. Dafür gibt es viele Wohnprojekt-Initiativen im Land. Ich freue mich, dass wir sie mit WohnPunkt RLP wirksam unterstützen können“, erklärte die Ministerin zum Ziel des Projekts.

Im Rahmen von WohnPunkt RLP werden Gemeinden gezielt dabei unterstützt, Wohn-Pflege-Gemeinschaften aufzubauen: Im Projekt arbeiten Tandems aus kommunalen Projektverantwortlichen und externen Beratern vor Ort. Fachlich unterstützt werden sie von der Koordinierungsstelle WohnPunkt RLP, die bei der Landeszentrale für Gesundheitsförderung in Rheinland-Pfalz e.V. (LZG) angesiedelt ist. Dabei geht es zum Beispiel um die Bedarfsermittlung, den Standort, barrierefreien Umbau, sozialrechtliche Fragen und darum, wie die Einbindung in das Dorfleben organisiert werden kann. Einschließlich der acht neuen Kommunen wurden seit Projektstart im Jahr 2014 insgesamt 28 Kommunen aus ganz Rheinland-Pfalz – vom Eifelkreis Bitburg-Prüm über den Westerwald bis in die Südpfalz – aufgenommen.

Bei den neuen Projekt-Kommunen geht es um Wohn-Pflege-Gemeinschaften, in denen ältere Menschen mit Unterstützungs- aber auch Pflegebedarf selbstbestimmt in einer Gemeinschaftswohnung leben, ihren Alltag gemeinsam gestalten und Betreuungs- sowie Pflegeleistungen frei wählen können. Einige dieser Projekte gingen aus Beteiligungsprozessen hervor – so zum Beispiel in Martinshöhe (LK Kaiserslautern) und Dockweiler (Vulkaneifel). Die Einbindung in das Dorf ist ein wichtiger Erfolgsfaktor. Deshalb spielen auch Bürgervereine und andere Initiativen zur gegenseitigen Hilfe eine wichtige Rolle bei WohnPunkt RLP, so etwa in Mehlingen (LK Kaiserslautern) und Winnigen (Mayen-Koblenz). In einigen Gemeinden, wie beispielsweise in Siershahn (Westerwald) und Wallmenroth (Altenkirchen), ist zur Umsetzung der Projekte die Gründung einer Genossenschaft im Gespräch. Die meisten WohnPunkt RLP-Kommunen entwickeln über eine Wohn-Pflege-Gemeinschaft hinaus noch weitere Angebote, so sind zum Beispiel zusätzlich barrierefreie Wohnungen und Begegnungsstätten für Bürgerinnen und Bürger in Bleialf (Bitburg-Prüm) und Kirrweiler (Südliche Weinstraße) in Planung.

Insgesamt 23 Kommunen hatten sich diesmal auf die acht Teilnehmerplätze beworben. „Ein beachtlicher Anteil der Bewerbungen kam von sehr konkreten Projekten mit guten Umsetzungschancen, das freut uns ganz besonders“, so LZG-Geschäftsführer Dr. Matthias Krell. „Das zeigt uns, wie viel im Land in Bewegung ist – aber auch, dass unser Angebot von den Kommunen als nützlich wahrgenommen wird.“ Denjenigen Bewerbern, die diesmal nicht zum Zuge gekommen sind, bietet die Landesberatungsstelle Neues Wohnen bei der LZG eine weiterführende Beratung an. „Die Erfahrung zeigt, dass sich viele Projekte im Zuge der Begleitung noch stark verändern und neu ausrichten und das ist auch gut so“, betonte Dr. Krell. „Unser Ziel ist es, dass jede Initiative mit einem Erfolg aus dem Prozess hervorgeht, der zu den Verhältnissen vor Ort passt und dauerhaft tragfähig ist.“

WohnPunkt RLP wird vom Ministerium für Soziales, Arbeit, Gesundheit und Demografie Rheinland-Pfalz im Rahmen des Zukunftsprogramms „Gesundheit und Pflege 2020“ finanziert. Weitere Informationen finden Sie auf www.WohnPunkt-RLP.de und www.gp2020.rlp.de.

ABGEORDNETE WERBEN FÜR KOMPETENZERFASSUNG

„Medienkompetenz macht Schule“ jetzt auch an Grundschulen

Das bisher den weiterführenden Schulen vorbehaltene Landesprogramm „Medienkompetenz macht Schule“ startet nun auch an rheinland-pfälzischen Grundschulen. Darauf weisen die beiden Landtagsabgeordneten Sabine Bätzing-Lichtenthäler und Heijo Höfer hin. Ausgangspunkt war ein bildungspolitisches Gespräch mit Axel Karger von der Außenstelle des Pädagogischen Landesinstitutes in Altenkirchen.

Das im Jahr 2007 gestartete Programm trage der rasanten Entwicklung bei Informations- und Kommunikationstechnologien Rechnung. Digitale Medien hätten sich heute auf praktisch alle Lebensbereiche ausgebreitet. Dahinter verbergen sich Chancen und Risiken gleichermaßen. „Kinder kommen in der Regel spätestens im Grundschulalter in Kontakt mit Smartphone und Internet. Deshalb ist es wichtig, ihnen möglichst frühzeitig einen kritischen und gewissenhaften Umgang mit digitalen Medien zu vermitteln“, erklären Bätzing-Lichtenthäler und Höfer.

Mit dem 10-Punkte-Programm will die Landesregierung die Unterrichtsqualität durch Einsatz neuer medialer Lerninhalte und Methoden weiter verbessern. Dazu zählen neben der Ausstattung der Schulen mit Computern auch die Bereitstellung hochwertiger Bildungssoftware und die Schulung der Lehrkräfte.

Bildungsministerium und Pädagogisches Landesinstitut hätten in entsprechenden Rundschreiben alle Grundschulen im Land auf die Möglichkeit der Programmteilnahme aufmerksam gemacht. Axel Karger von der Außenstelle in Altenkirchen ermutigt noch unentschlossene Grundschulen im Landkreis, von den Vorteilen des Angebotes Gebrauch zu machen. Über die finanzielle Förderung von 7.500 Euro hinaus würden die Schulen vom Pädagogischen Landesinstitut während der zweijährigen Projektphase bei der Konzeption und Umsetzung unterstützt. Gleichzeitig versucht er, Sorgen im Hinblick auf mögliche Mehrarbeit bei den Lehrkräften zu zerstreuen. „Nach meinen Erfahrungen mit den weiterführenden Schulen lassen sich die Programmschwerpunkte gut mit den bestehenden Arbeitsfeldern verknüpfen und Synergieeffekte nutzen“, so Axel Karger.

Mit dem Appell stieß er bei beiden SPD-Politikern auf offene Ohren. „Es ist davon auszugehen, dass in den Schulen die Förderung der Medienkompetenz schon bald verpflichtend sein wird. Wer jetzt schon teilnimmt, bekommt nicht nur einen Vorsprung auf dem Gebiet, sondern erhält noch einen finanziellen Zuschuss für die technische Ausstattung“, geben die Parlamentarier zu bedenken. Die Bewerbungsfrist dafür habe bereits begonnen und laufe bis zum 12. Mai. Interessierte Schulen können sich für weitere Informationen an Axel Karger unter der Rufnummer 02681/81-2252 oder per E-Mail an axel.karger@pl.rlp.de wenden.

GESPRÄCHE ÜBER ÖRTLICHE PARTEIARBEIT GEFÜHRT



Landtagsabgeordnete Bätzing-Lichtenthäler und die SPD-Ortsvereinsvorsitzenden im Wahlkreis 1 (Betzdorf/Kirchen).

Gemeinsam mit den SPD-Ortsvereinsvorsitzenden aus dem Landtagswahlkreis 01 diskutierte jetzt die heimische Landtagsabgeordnete Sabine Bätzing-Lichtenthäler über die Bundes- und Landespolitik sowie die örtliche Parteiarbeit. In den Ortsvereinen sind seit Anfang des Jahres zahlreiche Neueintritte zu verzeichnen. Alle waren sich einig, dass sich dadurch die Arbeit in der Partei Ort verändern wird. So sei ein großes Informationsbedürfnis, eine ausgeprägte Diskussionsfreudigkeit und eine hohe Motivation festzustellen. Die Abgeordnete informierte über ihre Jahresplanung und sagte zu, in dieser Runde halbjährlich zum Erfahrungsaustausch zusammen zu kommen.